CESI EUROPE ACADEMY

FACHTAGUNG

WARSCHAU
10. -12. OKTOBER 2012

PROVIDING HIGH-QUALITY PUBLIC SERVICES IN EUROPE BASED ON THE VALUES OF PROTOCOL 26 TEU AND TFEU

DE

PROTOKOLL NR. 26 EUV und AEUV

ÜBER DIENSTE VON ALLGEMEINEM INTERESSE

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

IN DEM WUNSCH, die Bedeutung der Dienste von allgemeinem Interesse hervorzuheben —

SIND über folgende auslegende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügt sind:

Artikel 1

Zu den gemeinsamen Werten der Union in Bezug auf Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Sinne des Artikels 14 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zählen insbesondere:

- die wichtige Rolle und der weite Ermessensspielraum der nationalen, regionalen und lokalen Behörden in der Frage, wie Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse auf eine den Bedürfnissen der Nutzer so gut wie möglich entsprechende Weise zur Verfügung zu stellen, in Auftrag zu geben und zu organisieren sind;

- die Vielfalt der jeweiligen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und die Unterschiede bei den Bedürfnissen und Präferenzen der Nutzer, die aus unterschiedlichen geografischen, sozialen oder kulturellen Gegebenheiten folgen können;

- **ein hohes Niveau in Bezug auf Qualität, Sicherheit und Bezahlbarkeit, Gleichbehandlung und Förderung des universellen Zugangs und der Nutzerrechte.**

Artikel 2

Die Bestimmungen der Verträge berühren in keiner Weise die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, nichtwirtschaftliche Dienste von allgemeinem Interesse zur Verfügung zu stellen, in Auftrag zu geben und zu organisieren.

BOTSCHAFT DES PRÄSIDENTEN DER CESI-AKADEMIE EUROPA

Im Namen des Verwaltungsrats der CESI-Akademie Europa freue ich mich, Sie zu unserer Fachtagung zum Thema „Erbringung qualitativ hochwertiger Dienstleistungen auf der Grundlage der in Protokoll 26 EUV und AEUV verankerten Werte“ hier in Warschau begrüßen zu dürfen.

Die „Dienste von allgemeinem Interesse“ entsprechen einer europäischen Auffassung des öffentlichen Dienstes. Die Anerkennung dieser Dienste durch die Europäische Union vollzog sich erst nach und nach, da diese bis 2009 über keine richtige rechtliche Grundlage verfügten.

Der Vertrag von Lissabon stellt einen wichtigen Fortschritt in diesem Zusammenhang dar, weil er die Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse aufwertet und sie zu einer vollumfänglichen Rechtskategorie werden lässt.

Das europäische Konzept der Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse begründet sich auf das Subsidiaritätsprinzip: Die Mitgliedsstaaten verfügen darin über eine weitreichende Ermessensbefugnis zur Festlegung, Organisation und Finanzierung derjenigen Dienstleistungen, die sie als Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse einstufen möchten, um die Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger zu decken.

Neu dabei ist, dass das europäische Recht jedoch anhand von Protokoll 26 EUV und AEUV die Notwendigkeit vorsieht, für die Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse **ein hohes Niveau in Bezug auf Qualität und Sicherheit und Bezahlbarkeit** sowie hinsichtlich **Gleichbehandlung, Förderung des universellen Zugangs** und der **Nutzerrechte** zu garantieren.

Diese sechs Werte sind maßgebend und in allen Ländern der Europäischen Union zu garantieren.

Zur genaueren Darstellung der sich daraus ergebenden Konsequenzen und im Sinne der Verbesserung der Kenntnisse über die Auslegung dieser Bestimmungen **hat die CESI mit der Unterstützung der Europäischen Kommission über diese Fachtagung hinaus eine Studie zu den sechs in diesem Protokoll enthaltenen Werte initiiert**.
Diese von Pierre Bauby durchgeführte Studie wird während des Kongresses der CESI am 1. Dezember 2012 vorgestellt. Dabei werden auch unsere Arbeiten hier miteinbezogen.

Zuallererst aber soll die Fachtagung einen Meinungsaustausch über diese sechs gemeinsamen Werte ermöglichen.

Warum bestehen diese sechs Werte? Welcher Realität werden sie gerecht? Welcher Nutzen ergibt sich aus dem derzeitigen vom Protokoll festgelegten Rahmen in den Mitgliedsstaaten? Welche Rolle fällt den Beteiligten dabei zu? Welche Aufgaben können die Ausschüsse für den sektoralen Dialog in den Bereichen „Zentralverwaltungen“, „Lokal- und Regionalverwaltungen“ und „Bildung“, an denen die CESI aktiv teilnimmt, bei der Definition dieser Werte und der europäischen Strategie hinsichtlich der Dienste von allgemeinem Interesse wahrnehmen?

Die Fachtagung hat es sich zur Aufgabe gemacht, auf diese Fragestellungen mit der Unterstützung von Experten und Praktikern sowie der Darstellung konkreter Beispiele aus der Praxis Antworten zu finden. Neben den Vertretern unserer polnischen Mitgliedsorganisation WZZ-SO möchte ich an dieser Stelle insbesondere Herrn Pierre Bauby sowie Frau Françoise Castex, der Präsidentin der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Öffentliche Dienste“ des Europäischen Parlaments danken.
Durch die Mobilisierung leidenschaftlicher Verfechter der öffentlichen Dienste möchte sich die CESI der Reflektion über ihre Zukunft in Europa anschließen und so ein klares Zeichen für ihre Verbundenheit zugunsten starker, moderner und auf die Bedürfnisse ihrer Benutzer ausgerichteten öffentlichen Dienste setzen.

Ich wünsche Ihnen allen eine bereichernde Fachtagung!

Wilhelm GLOSS, Präsident der CESI-Akademie Europa.

PROGRAMM

FACHTAGUNG — **„Erbringung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen in Europa auf Grundlage der in Protokoll 26 verankerten Prinzipien (EUV und AEUV)“**
Warschau, 10. -12. Oktober 2012

ORT — Hotel Warsaw Marriott
Al. Jerozolimskie 65/79 / 00-697 Warschau, Polen

VERDOLMETSCHUNG — DE, EN, FR, ES, IT, PL

Die Fachtagung wird von Frau Sophie MOSCA moderiert.

MITTWOCH, 10. OKTOBER 2012

Ankunft der Teilnehmer

18.00-19.00 — Registrierung der Teilnehmer

19.30 — Begrüßungscoktail im Hotel

DONNERSTAG, 11. OKTOBER 2012

08.45 — Begrüßung

- Eröffnung des Seminars: **Wilhelm GLOSS**, Präsident der CESI-Akademie Europa
- Begrüßung: **Sławomir WITTKOWICZ**, Vorsitzender der WZZ-SO, Polnische Mitgliedsorganisation der CESI
- Begrüßung: **Michał BONI**, Minister für Öffentliche Verwaltung und Digitalisierung, Polen

Besseres Verständnis des europäischen Ansatzes für öffentliche Dienste

10H00 — Besseres Verständnis des europäischen Ansatzes für öffentliche Dienste

Was versteht man unter Dienstleistungen von allgemeinem Interesse? Welche Unterkategorien verbergen sich hinter diesem Konzept? Was ist die Geschichte dieses europäischen Ansatzes seit den Entwürfen der Veträge von Rom und Amsterdam über die Vorarbeiten auf dem Gebiet der Rechtsprechung durch den Europäischen Gerichtshof bis hin zu ihrer rechtlichen Verankerung im Vertrag von Lissabon?

- Begriffsbestimmung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse
- Die Entwürfe in den Verträgen
- Die Rolle der europäischen Institutionen

Sophie MOSCA, Journalistin der Tageszeitung Europolitique
Pierre BAUBY, Forscher und Professor am Pariser Institut für politische Studien SciencePo, Universität Paris 8
- Diskussion

10H45 — KAFFEEPAUSE

11H15 Die öffentlichen Dienste im Vertrag von Lissabon

Im Gegensatz zu seinen Vorgängern stellt der Vertrag von Lissabon eine echte rechtliche Grundlage für die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse dar. Er erwähnt sie in Artikel 14 AEUV und widmet ihnen ein ganzes Protokoll (Protokoll 26 der konsolidierten Fassung des Vertragswerks) im Anhang des Vertrages, das über den gleichen rechtlichen Wert wie der Vertrag selbst verfügt. Er respektiert dabei das Subsidiaritätsprinzip: Die Mitgliedstaaten sind bei der Festlegung derjenigen Dienstleistungen, die sie als Dienstleitungen von allgemeinem Interesse einstufen sowie deren Organisation und Finanzierung zwar weiterhin frei. Allerdings erlegt ihnen das europäische Recht die Aufrechterhaltung bestimmter Werte auf: Ein hohes Niveau in Bezug auf Qualität, Sicherheit und Bezahlbarkeit, Gleichbehandlung sowie Förderung des universellen Zugang und Achtung der Nutzerrechte.

- Artikel 14 AEUV
- Protokoll 26
- Artikel 36 der Charta der Grundrechte
- Vorarbeiten auf dem Gebiet der Rechtsprechung (Urteile Corbeau + Gemeinde Almelo+Altmark)

Stéphane RODRIGUES, Dozent an der Universität Paris I

12H00 Diskussion, anschließend Mittagessen

Die Grundprinzipien der öffentlichen Dienste im Sinne von Protokoll 26 (EUV und AEUV)

13H45 Podiumsdiskussion I: ein hohes Niveau in Bezug auf Qualität

Die zuständige Behörde erstellt objektive und transparente Qualitätsnormen zur Garantie der Verpflichtungen des öffentlichen Dienstes. Wie verfolgt der Staat die Zielsetzung, dem Bürger die bestmögliche Dienstleistung zum bestmöglichen Preis zur Verfügung zu stellen? Welche Instrumente und welches Qualitätsmanagement stehen hier zur Verfügung? Worin bestehen die Verpflichtungen der öffentlichen Dienste zur Reaktion auf diesen Bedarf? ´Welche Reaktionszeiten sind angemessen? Welche Evaluierungssysteme sind einzurichten? Von wem? (wie steht es mit der Beteiligung der Gewerkschaften und der Nutzer?) Wann? Mit welcher Häufigkeit? (Bewertung vs Verträglichkeitsprüfung) Anhand welcher sachdienlicher Bewertungskriterien? Sind mehr soziale und ökologische Kriterien einzubeziehen? Wie ist die Evaluierung zu streuen?

- Allgemeine Vorstellung: Matthias REDLICH, Dipl. Politologe/ Dipl. Verwaltungswissenschaftler, Institut für Öffentliche Finanzen und Public Management, Universität Leipzig
- Praktische Fallstudie: *Qualitätsmanagement im Krankenhaus*
  Susan J. BURNETT, Leiterin des QUASER-Projekts, Imperial College London , Vereinigtes Königreich
- Diskussion

15H15 Podiumsdiskussion II: Ein erhöhtes Sicherheitsniveau

Welche Sicherheit besteht für die Nutzer der öffentlichen Dienste? Wie steht es um Versorgungssicherheit und physische Sicherheit?

- Allgemeine Vorstellung: Christian CLEUTINX, Forschungsbeauftragter am Internationalen Energieprogramm des Clingendael-Instituts, Belgien
- Fallstudie: *Wasserversorgung Stadt Bukarest*
  Epsica CHIRU, Stellvertretender Generaldirektor – S.C. Apa Nova Bucuresti S.A., Rumänien
- Diskussion

16H30 KAFFEEPAUSE

16H50 Podiumsdiskussion III: Bezahlbarkeit

Die Bereitstellung der von den öffentlichen Diensten geleisteten Aufgaben hat, insbesondere in Anbetracht des sich aus Protokoll 26 ergebenden Anforderungsniveaus, ihren Preis. Durch welche Finanzierungsmöglichkeiten kann die Bezahlbarkeit der DAWI in Abhängigkeit von Nutzern und spezifischen Sektoren/Branchen durchgeführt werden? Welche Maßnahmen können getroffen werden, um auch die Bezahlbarkeit für Nutzer niedriger Einkommensgruppen zu gewährleisten? Ist die persönliche Situation des Nutzers zu berücksichtigen? Fragestellung nach der Verhältnismäßigkeit (müssen alle Nutzer den gleichen Preis entrichten?)

- Allgemeine Vorstellung der finanziellen Herausforderungen der öffentlichen Dienste
  Yannis EUSTATHOPOULOS, Wirtschaftswissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeit des gewerkschaftlichen Dachverbands INE/GSEE, Griechenland
- Praktische Fallstudie: *Instrumente gegen Energieknappheit*
  Mauro BROLIS, LL.D., Geschäftsführender Direktor CESTEC SpA, Geschäftsbereich Energie- und Umwelt, Italien

17H45 Diskussion und Ende des ersten Arbeitstages

FREITAG, 12. OKTOBER 2012

09H00 **Podiumsdiskussion IV: Gleichbehandlung**

Fragstellung des gleichen Zugangs zu den öffentlichen Dienstleistungen? Wie steht es mit einem landesweiten Versorgungsnetz? Was ist mit der digitalen Antwort der eVerwaltung? eVerwaltung und digitaler Graben? Fragestellung zum Umgang mit Nutzerdiskriminierungen. Welche Behörde ist hier zuständig?

- Allgemeine Vorstellung: Kristian SIIKAVIRTA, LL.D., Öffentliches Recht, Universität Helsinki, Finland
- Praktische Fallstudie aus dem Bildungsbereich: Mary KYRIAZOPOULOU, Projektmanagerin der Europäischen Agentur für Entwicklungen in der sonderpädagogischen Förderung
- Diskussion

10H00 **Podiumsdiskussion V: Förderung des universellen Zugangs**

Der Begriff des universellen Dienstes wird immer präziser und greifbarer. Ausmaß und Umfang des universellen Dienstes haben sich im Laufe der Zeit je nach Sektor weiterentwickelt und sind noch nicht in allen Dienstleistungsbereichen von allgemeinem Interesse präsent, auch wenn das Protokoll im Anhang des Vertrags von Lissabon „die Förderung des universellen Zugangs" zu den „gemeinsamen Werten" der EU zählt. Die Begriff "universeller Dienst" bleibt heute weiterhin ambivalent und hat je nach Sektor einen unterschiedlichen Inhalt: Einerseits erscheint er als eine für jeden garantierte Dienstleistung und somit als eine Art „Sicherheitsnetz", andererseits kann der Begriff wie die Neuentdeckung bestimmter Grundprinzipien des öffentlichen Dienstes betrachtet werden, wie etwa die Zugänglichkeit oder die Gleichbehandlung…"

- Allgemeine Vorstellung: José-Manuel RUANO, Ph. D., Professor an der Universität Complutense Madrid (UCM), Spanien
- Praktische Fallstudie: *Arbeitsbeziehungen im Postsektor im Finnland und das „Play or pay"-Prinzip*, Pertti JOKIVUORI, Ph.D, Universität Jyväskylä, Finnland
- Diskussion

11H15 KAFFEEPAUSE

11H35 **Podiumsdiskussion VI: Förderung der Nutzerrechte**

Die Nutzer haben ein Recht auf eine klare, nützliche und leicht zugängliche Information hinsichtlich der wesentlichen Bedingungen zu Bereitstellung, Bearbeitung, Finanzierung und Abrechnungs- bzw. Tarifgestaltung der entsprechenden Dienstleistung. Die Nutzer müssen ebensalls über ein Recht auf Zugriff auf sie selbst betreffende, im Besitz des Betreibers und/oder Dienstleisters sowie der zuständigen Behörde befindliche bzw. zusammengetragene Informationen haben. Was geschieht mit diesen Informationen? Ebenso haben die Nutzer ein Beschwerderecht gegenüber dem Betreiber und/oder Dienstleister im Falle von Nichtbeachtung einer öffentlichen Dienstleistungsverpflichtung.

- Allgemeine Vorstellung: Jim DAVIES, Senior Lecturer im Fach Rechtswissenschaften, Universität Northampton, Vereinigtes Königreich
- Praktische Fallstudie: *Flugpassagierrechte*
  Hans DE CONINCK, Expert im Verbraucherrecht, Belgien
- Diskussion

12H30 **Abschließende Podiumsdiskussion**

Zum Abschluss der Fachtagung gibt diese Podiumsdiskussion den Vertretern der CESI und den Repräsentanten anderer Institutionen die Möglichkeit, zu reagieren und persönliche Anmerkungen zur Sachdienlichkeit der in Protokoll 26 dargestellten Werten für eine bessere Gewährleistung der gemeinsamen Prinzipien in den europäischen öffentlichen Diensten kundzutun.

- Françoise CASTEX, Vorsitzende der interfraktionellen Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments
- Raymond HENCKS, Vorsitzender der ständigen Studiengruppe „Dienste von allgemeinem Interesse" des EWSA
- Angelika POTH-MÖGELE, Leiterin der Politikabteilung im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

13H15 Schlussfolgerungen Klaus HEEGER, Generalsekretär der CESI

13H30 Mittagessen und Abreise der Teilnehmer

REDNERVERZEICHNIS

Pierre BAUBY

Forscher und Professor am Pariser Institut für politische Studien SciencePo, Universität Paris 8

Pierre Bauby ist Forscher und Professor im Fach Politikwissenschaften und lehrt unter anderem an der Universität Paris 8, dem Institut für politische Studien Science Po sowie dem Nationalen Zentrum für den öffentlichen Dienst der französischen Gebietskörperschaften CNFPT. Er ist Spezialist in den Bereichen Öffentliche Dienstleitungen (Dienstleistungen von allgemeinem Interesse) und öffentliche Maßnahmen. Als Sachverständiger der interfraktionellen Arbeitsgruppe Öffentliche Dienste des Europäischen Parlaments und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) ist er Mitglied mehrerer europäischer Netzwerke. Für die CESI leitet er die Studie über die sechs im Vertrag von Lissabon definierten gemeinsamen Werte. Er ist Autor mehrerer Studien, von denen insbesondere die folgenden Arbeiten zu erwähnen sind: L'européanisation des services publics; Service public, services publics; Europe: une nouvelle chance pour le service public! (mit Françoise Castex); Mapping of the Public Services in the European Union and the 27 Member States (mit Mihaela M. Similie); Les services publics en Europe, Pour une régulation démocratique; Reconstruire l'action publique; Le service public; L'Etat-stratège.

Michał BONI

Minister für Verwaltung und Digitalisierung, Polen

Der am 10. Juni 1954 in Posen geborene Michał Boni ist Absolvent der Fakultät für polnische Sprache an der Universität Warschau mit Spezialisierung im Bereich Kulturwissenschaften und promovierte 1986 mit einer Dissertation zum Thema Kultursoziologie. Herr Boni ist Spezialist im Personalmanagement. Seit Januar 2009 bekleidet er das Ministeramt und ist in dieser Eigenschaft Mitglied des Ministerrates sowie Vorsitzender des ständigen Ausschusses des Ministerrates. Derzeit ist er für die Koordinierung der Gesetzgebungsaktivitäten zwischen den Ministerien verantwortlich. Er ist einer der Autoren des Programms „50+" – Solidarität zwischen den Generationen", das es sich zur Aufgabe gemacht hat, Menschen über 50 beim Verbleib im Arbeitsmarkt bzw. ihrer Wiedereingliederung zu unterstützen. Er hat sich als Verhandlungsführer mit Gewerkschaften in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen und Werftindustrie einen Namen gemacht und war aktiv an der Reform des polnischen Rentensystems beteiligt. Seit 2008 leitet er den strategischen Beraterstab des Premierministers. Dieses Gremium ist für Analysen und Diagnosen der sozioökonomischen Situation Polens verantwortlich und ist auch an der Ausarbeitung von strategischen Plänen der Regierung beteiligt. Zu den wichtigsten vom Beraterstab verfassten Dokumenten und Berichten gehören insbesondere der „Bericht über das geistige Kapital Polens" sowie der Bericht zu den Entwicklungsherausforderungen für Polen 2030.

Mauro BROLIS

Geschäftsführender Direktor CESTEC SpA, Geschäftsbereich Energie- und Umwelt, Italien

Mauro Brolis ist der geschäftsführender Direktor des Geschäftsbereichs Energie und Umwelt von CESTEC SpA, dem regionalen Zentrum für Energie und Wettbewerbsfähigkeit der norditalienischen Region Lombardei, und unterstützt die Regionalregierung bei der Planung und Durchführung von Programmen und Kampagnen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, in energierelevanten Fragestellungen sowie Belangen der nachhaltigen Entwicklung. Der Geschäftfbereich Energie und Umwelt von Cestec befasst sich insbesondere mit der Energieeffizienz in Gebäuden und Industrieprozessen, der Förderung erneuerbarer Energien sowie Energieeinsparungen. Im Zusammenhang mit ökologisch verträglichen Gebäuden arbeitete der Geschäftfbereich mit dem regionalen Energieministerium bei der Ausarbeitung eines klar gegliederten Kodex für Energieeffizienz für neue und bestehende Gebäuden zusammen. Zudem definierte er eine gemeinsame Methode zur Bewertung der Energieleistung von zu zertifizierenden Gebäuden (Cestec arbeitet mit über 15 000 Experten bei der Energiezertifizierung von Gebäuden und hat seit September 2007 bereits eine Million Gebäude mit Label zertifiziert). Derzeit koordiniert Mauro Brolis ein „Regionales Programm für Energie und Umwelt" zur Umsetzung einer regionalen Strategie zur Erreichung europäischer Zielsetzungen bei der Verringerung von Treibhausgasemissionen bis 2020. Der Geschäftsbereich umfasst insgesamt 30 Experten (Ingenieure, Architekten, Umweltfachleute). Im Zuge seiner Karriere bei Cestec war er in vielen regionalen und nationalen Projekten in diesem Bereich, aber auch bei europäischen Projekten wie etwa dem LIFE+ Projekt, BioEnerGIS, Ground Reach sowie der Europäischen Partnerschaft für Energieeffizienz EPEE aktiv beteiligt. Mauro Brolis begann seine Karriere bei Cestec im Jahr 2000 nach Abschluss seines Studiums an der Universität Mailand. Zuvor war er Fachjournalist für verschiedene Zeitungen und Fernsehkanäle sowie von 1996 bis 2000 auch als Hochschuldozent tätig.

Susan J. BURNETT

Leiterin des QUASER-Projekts, Imperial College London, Vereinigtes Königreich

Durch ihre mehr als 20-jährige Tätigkeit im Gesundheitssektor verfügt Susan Burnett über Erfahrung in der Geschäftsleitung hochrangiger Organisationen. Sie war fünf Jahre lang Direktorin für nationale Programm bei der britischen Agentur für Patientensicherheit. Ihr Hauptforschungsinteresse gilt der nationalen Politik für Patentensicherheit und deren Auswirkungen auf die direkt Betroffenen sowie dem Vergleich der unterschiedlichen Ansätze in den verschiedenen europäischen Ländern. Zudem befasst sie sich mit Organisationsstrategien zur Verbesserung der Patientensicherheit und der Rolle, die Geschäftsleitung und Führungskräften dabei zukommt. Hierzu gehört auch die Auswirkung von Managementsystemen auf die Verlässlichkeit im Gesundheitswesen. Susan J. Burnett leitet die Beratungsgruppe des Zentrums und ist an einer Reihe von Projekten im Bereich der Patientensicherheit und Servicequalität aktiv beteiligt. Sie leitet die Arbeit des Imperial College im Rahmen des EU-finanzierten QUASER-Projekts, das sich mit Qualität und Sicherheit in fünf europäischen Ländern befasst.

Françoise CASTEX

Europaabgeordnete, Vorsitzende der interfraktionellen Arbeitsgruppe Öffentliche Dienste des Europäischen Parlaments

Françoise Castex ist seit 2004 Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments und kam über ihr

gewerkschaftliches Engagement in die Politik. So war sie zunächst von 1990 bis 1998 stellvertretende Generalsekretärin der französischen Bildungsgewerkschaft FEN sowie von 1992 bis 1998 Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte des Départements Gers, wo sie von 1995 bis 1998 auch Präsidiumsmitglied war.
Seit ihrer Wiederwahl im Jahr 2009 ist sie Mitglied des Rechtsauschusses und des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und initiierte Ende 2009 die Gründung der interfraktionellen Arbeitsgruppe Öffentliche Dienste des Europäischen Parlaments, deren Vorsitz sie seit Januar 2010 innehat.

Christian CLEUTINX

Forschungsbeauftragter am Internationalen Energieprogramm des Clingendael-Instituts, Belgien

Der Belgier Christian Cleutinx ist internationaler Experte für Energiesicherheit, Diplomatie und internationalen Dialog und verfügt über eine mehr als 30-jährige Erfahrung in den Bereichen Energiepolitik und internationale Beziehungen insbesondere mit Russland, Zentralasien und den Vereinigten Staaten. Bis 1. April 2011 war er Generaldirektor der Euratom-Versorgungsagentur der Europäischen Kommission. Er ist Berater und Dozent mehrerer Hochschulen, Studiengruppen und internationalen Einrichtungen in den Bereichen Energie- und Geopolitik. Zudem ist er Forschungsbeauftragter am niederländischen Clingendael-Institut für internationale Beziehungen sowie Dozent an der Freien Universität Berlin.
Nach Abschluss seiner Studien an mehreren belgischen Universitäten und seinem Postgraduiertenaufenthalt in Chicago hatte er Managerpositionen in mehreren Unternehmen der Energie- und High Tech-Branche inne und kam im Jahr 1975 zur Europäischen Kommission. In den Jahren 1982 bis 1986 war er in den Ressorts Industrie, Politik, Kartellrecht, Verkehr, Umwelt und Energie bei der Delegation der Europäischen Kommission in Washington D.C. tätig. Im Jahr 1986 wurde er Leiter des Bereichs für feste Brennstoffe und Erdöl. Nachdem er in den ersten Jahren ab 2000 einer der Initiatoren des Energiedialogs zwischen der Europäischen Union und Russland war, koordinierte er die in diesem Rahmen stattfindenden Aktivitäten bis 2009. Zudem leitete er die Energieverhandlungen mit der Ukraine, die zur Unterzeichnung des Energiememorandums zwischen der EU und der Ukraine führten. In den Jahren 2002 bis 2005 nahm er als Chefunterhändler an der Stärkung der Energiezusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten teil. Anfang des Jahres 2003 wurde er Direktor innerhalb der Generaldirektion für Energie und Verkehr, in deren Rahmen er zunächst mit den konventionellen Energien, darunter auch dem Energiebinnenmarkt befasst war. Im Anschluss daran wechselte er nach Luxemburg, wo er die Leitung des Direktorats für nukleare Sicherungsmaßnahmen der Europäischen Kommission übernahm, das mit der Nichtverbreitung von Atomwaffen betraut ist, bevor er 2008 Direktor der Euratom-Versorgungsagentur wurde. Christian Cleutinx ist Verfasser von mehreren informativen und bahnbrechenden Veröffentlichungen zum Thema Energiebeziehungen und -politik.
Als Wirtschaftswissenschaftler verfügt Christian Cleutinx über einen MBA sowie einen Masterabschluss in den Fächern Wirtschafts- und Finanzwissenschaften.

Epsica CHIRU

Stellvertretender Generaldirektor – S.C. Apa Nova Bucuresti S.A., Rumänien

Epsică Chiru promovierte in den Fächern Anorganische Chemie und Umweltschutz an der Universität "Politehnica" Bukarest und absolvierte dort das Fach Chemie an der Fakultät für Technische Chemie.

Vor Aufnahme seiner Tätigkeit bei der ehemaligen staatlichen Wasserwirtschaftsbehörde in Bukarest im Jahr 1997 war er Forscher im Bukarester Institut für Abwasseraufbereitung.
Zudem arbeitete er als Lehrbeauftragter an der Universität „Dimitrie Cantemir" und der Bukarester Hochschule für Hoch- und Tiefbau. Er ist Verfasser von mehr als 60 wissenschaftlichen Veröffentlichungen sowie vier Lehrbüchern.
Zudem war er als lokaler Koordinator und Sachverständiger in EU-Projekten („Integrated Concepts for Reuse of Upgraded Wastewater", „Mitigation of Water Stress through new Approaches to Integrating Management, Technical, Economic and Institutional Instruments", „Development of Water Industry for European Integration" usw.) tätig. Mit Beginn des Konzessionsvertrages für Abwasserentsorgung der Stadt Bukarest übernahm er das Amt des Direktors für Wasserqualität und Umweltschutz innerhalb der neu gegründeten Gesellschaft Apa Nova Bukarest und ist dort seit 2007 stellvertretender Generaldirektor. In dieser Eigenschaft ist er für Qualität und Umweltschutz verantwortlich und koordiniert die Tätigkeiten der Trinkwasserproduktion, der technischen Direktionen und des Notfallmanagements. Zudem fungiert er als Sprecher des Unternehmens.

Jim DAVIES

Senior Lecturer im Fach Rechtswissenschaften, Universität Northampton, Vereinigtes Königreich

Bevor er sich im Jahr 2002 für den Anwaltsberuf entschied, war Jim Davies viele Jahre lang in der Telekommunikationsbranche tätig, wo er sich auf die Bereiche Change Management und Entwicklung von strategischen Prozessen spezialisiert hatte. Nach dem Abschluss seines Studiums der Rechtswissenschaften begann er ein Masterstudium im Fach Europäisches Recht und Integration, in dem er im Jahr 2010 erfolgreich über das Konzept des „Consumer Citizen" an der Universität Leicester promovierte. Derzeit ist er als Senior Lecturer an der Universität Northampton mit der Entwicklung eines Forschungsprofils der rechtswissenschaftlichen Fakultät betraut. In diesem Zusammenhang verfasste er eine Analyse zum europäischen „Consumer Citizen" in Recht und Politik, die im September 2011 bei Palgrave Macmillan erschien. Zudem ist er Mitherausgeber und Autor des Buches „Entwicklungen der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse" (unter Mitwirkung von Prof. Erika Szyszczak, Prof. Mads Andenas und Dr. Tarjei Bekkedal), das im Jahr 2011 von TMC Asser Press publiziert wurde, und verfasste darüber hinaus ein Kapitel zum Thema „Soziale Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in der Europäischen Union", das im Oktober 2012 ebenfalls bei TMC Asser Press veröffentlicht wird. Zudem schrieb er vor kurzem einen Beitrag zum Leitartikel der neuen Zeitschrift für Europäisches Unternehmens- und Verbraucherrecht, der kritische Kommentare zum Optimismus rund um die neuen Vorlagen zu den alternativen Verfahren zur Beilegung von Verbraucherstreitigkeiten (ADR/ODR) enthält.

Hans DE CONINCK

Experte für Verbraucherrecht, Belgien

Der Rechtsanwalt und Wirtschaftswissenschaftler Hans De Coninck war von 1974 bis 2011 für die belgische Verbrauchervereinigung Test-Aankoop (Bereich Budget & Rechte) tätig. Er war Begründer mehrerer Schlichtungs- und Vermittlungsstellen, darunter auch der Schlichtungskommission für die Beschäftigten im Reisesektor im Jahr 1983. Zudem ist er Mitbegründer der Europäischen Anwaltsvereinigung ECLG, die sich mit dem euro-

päischen Verbraucherrecht befasst, sowie der derzeit im Verlagshaus Larcier erscheinenden Fachzeitschrift DCCR (Droit de la Consommation-Consumentenrecht). Seit seiner Pensionierung im Jahr 2011 ist er als unabhängiger Experte für Verbraucherrecht tätig und befasst sich in diesem Zusammenhang insbesondere mit dem Reise- und Luftverkehrsrecht und dem europäischen Vertragsrecht. Zudem ist er mit Vollstreckungsangelegenheiten im Rahmen außergerichtlicher und Online-Verfahren, Bagatellverfahren, Verfügungen und kollektiven Rechtsdurchsetzungsverfahren für Verbraucher betraut. Derzeit ist er als Sachverständiger in diesem Beriech für den Europäischen Verbraucherverband BEUC tätig und er gehört dem europaweiten COJEF-Projekt des Verbandes an (Consumer Judicial Enforcement Forum).

Yannis EUSTATHOPOULOS

Wirtschaftswissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeit des gewerkschaftlichen Dachverbands INE/GSEE, Griechenland

Yannis Eustathopoulos ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeit des griechischen Gewerkschaftsdachverbandes INE-GSEE sowie am Arbeitsinstitut des zypriotischen Gewerkschaftsverbandes INEK-PEO. Seine Forschungsarbeiten befassten sich in den letzten Jahren insbesondere mit den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen vor dem Hintergrund der Liberalisierungs- und Privatisierungsbewegungen. In diesem Rahmen befasste er sich insbesondere mit der Bewertung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, den Unternehmensnetzwerken in den Branchen Energie, Telekommunikation und Wasserwirtschaft in Griechenland und Zypern sowie mit den neuen öffentlichen Managementmodellen in Europa. In seinen jüngsten Untersuchungen setzte er sich zudem mit den Auswirkungen der politischen Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels auf die qualitativen und quantitativen Beschäftigungsaspekte in Unternehmen im Energiebereich auseinander. Seine Tätigkeit umfasst unter anderem auch die Durchführung von Seminaren und anderen Veranstaltungen im Gewerkschaftsbereich für Angestellte öffentlicher Unternehmen und Organisationen.

Wilhelm GLOSS

Präsident der CESI - Akademie Europa

Dr. Wilhelm Gloss sitzt seit Februar 2009 der CESI Akademie Europa vor. Gleichzeitig bekleidet der Jurist das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion Christlicher Gewerkschafter im Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB). In dieser Funktion ist er auch Mitglied des Präsidiums von CESI und Eurofedop. Zuvor leitete er das Referat für Dienst-, Besoldungs- und Pensionslegistik im Bundeskanzleramt der Republik Österreich.

Klaus HEEGER

Generalsekretär der CESI

Klaus Heeger, geb. 1967, ist Sohn eines deutschen Diplomaten und wuchs in Deutschland, der Schweiz und der ehemaligen UdSSR auf. Neben Deutsch spricht er Englisch, Französisch, Russisch, Estnisch und Spanisch. Klaus Heeger verfügt über einen Universitätsabschluss in Rechtswissenschaften und verbrachte die meiste Zeit seines Lebens im Ausland. In der Zeit von 1996 bis 2002 war Klaus Heeger Mitarbeiter der CESI. Darauf war er unter anderem beim Europäischen Parlament sowie bei einem privatwirtschaftlichen Unternehmen in Estland tätig. Seit Januar 2012 ist er der neue Generalsekretär der CESI.

Raymond HENCKS

Vorsitzender der ständigen Studiengruppe „Dienste von allgemeinem Interesse“ des EWSA

Raymond Hencks ist Präsidiums-Mitglied des allgemeinen Gewerkschaftsverbandes für den öffentlichen Dienst des Großherzogtums Luxemburg (CGFP/CESI) sowie Präsident der ständigen Studiengruppe „Dienste von allgemeinem Interesse“ des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA). Darüber hinaus ist er Mitglied des Verwaltungsrates des staatlichen Post- und Telekommunikationsunternehmens des Großherzogtums Luxemburg.

Pertti JOKIVUORI

Ph.D, Universität Jyväskylä, Finnland

Pertti Jokivuori wurde 1962 im finnischen Kuusankoski geboren und promovierte im Jahr 2002 im Fach Sozialwissenschaften an der Universität Jyväskylä. Im Rahmen seiner Forschungsarbeit setzt er sich insbesondere mit den Bereichen Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und Soziales Kapital auseinander. Von 1997 bis 2006 war er Sonderbeauftragter des European Industrial Relations Review in London. Seit März 2006 ist er nun Korrespondent der Europäischen Beobachtungsstelle für die Entwicklung von Arbeitsbeziehungen (EIRO), einer Fachgruppe der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Dublin. Die EIRO fungiert als Überwachungsinstrument, das Neuentwicklungen im Bereich der Arbeitsbeziehungen auf nationaler und EU-Ebene beobachtet und entsprechende Analysen erstellt. Die Zielsetzung der Organisation besteht im Sammeln, der Analyse und Verbreitung von hochwertigen aktuellen Informationen zu wichtigen Entwicklungen in den Arbeitsbeziehungen in Europa. Diese werden insbesondere Sozialpartnerorganisationen sowie nationalen Regierungen und EU-Institutionen zur Verfügung gestellt. Pertti Jokivuori ist seit 1994 Lehrbeauftragter und Forscher an der Universität Jyväskylä. In diesem Zusammenhang untersuchte er unter anderem über die Rolle von Sozialkapital und Vertrauen im Rahmen von Tarifverhandlungen sowie auf das Arbeitsleben, die Arbeitsbeziehungen und die Organisationssoziologie. Dabei liegt das Hauptaugenmerk seiner Forschung insbesondere auch auf der quantitativen Methode. Darüber hinaus ist Pertti Jokivuori Verfasser mehrerer wissenschaftlicher Artikel, Forschungsberichte und Bücher. Seit 1997 befasst er sich vermehrt auch mit fachspezifischen Bewertungen von Projekten des finnischen Fonds für Arbeitsbedingungen.

Mary KYRIAZOPOULOU

Projektmanagerin der Europäischen Agentur für Entwicklungen in der sonderpädagogischen Förderung

Mary Kyriazopoulou verfügt über einen Master in Sozialwissenschaften der britischen Universität Middlesex und ist als Projektmanagerin bei der Europäischen Agentur für Entwicklungen in der sonderpädagogischen Förderung tätig. Zu ihren Hauptaufgaben gehören das Projektmanagement unter Einbezug der Mitgliedsstaaten, die Durchführung von Studien über Behinderungen, politische Analysen sowie die Arbeit zur Stärkung der Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und weiteren Institutionen und Organisationen. In ihrer Eigenschaft als Projektmanagerin des Helios-Expertenteams (Experten-

team der Generaldirektion für Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und Soziales der Europäischen Kommission zur fachlichen Unterstützung im Rahmen des ersten, zweiten (HELIOS I) und dritten (HELIOS II) Aktionsprogramms für die Chancengleichstellung und Integration behinderter Menschen in Europa) war sie mit den Bereichen gesellschaftliche Integration und selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen betraut. Ihre Arbeit umfasste die Gestaltung, Koordinierung und Betreuung der europäischen Netzwerke und Projekte unter Beteiligung sämtlicher Mitgliedsstaaten. Zudem unterstützte sie als Beraterin und Projektmanagerin Stadtverwaltungen, Nichtregierungsorganisationen usw. bei der Planung, Implementierung und Bewertung von nationalen und europäischen Projekten in den Bereichen Bildung, Berufsausbildung, Beschäftigung, unabhängiges Leben und Technologienutzung durch gesellschaftlich benachteiligte Gruppierungen (z.B. Menschen mit Behinderung, Migranten, Frauen). Zudem war sie in einer Reihe von Projekten im Rahmen von Projekten der Europäischen Kommission (Technologien der Informationsgesellschaft: Systeme und Dienstleistungen für die Bürger) zugunsten älterer und behinderter Menschen als Gutachterin tätig.

Sophie MOSCA

Journalistin „Europolitique" Belgien

Sophie Mosca ist seit vier Jahren Journalistin bei der auf Europaangelegenheiten spezialisierten Tageszeitung Europolitique, wo sie die Ressorts EU-Binnenmarkt und Konkurrenzrecht abdeckt. Ihr besonderes Interesse gilt dabei den öffentlichen Diensten. Zudem ist sie seit 2004 für verschiedene europäische Medien tätig, bei denen sie mit der Berichterstattung aus dem EU-Umfeld im weiteren Sinne betraut ist. Sie verfügt über weitreichende Erfahrungen bei der Moderation von Konferenzen und Diskussionen zu diesen Themen. Nach Abschluss ihres Studiums der Politischen Philosophie und der Rechtswissenschaften an der Université de Bourgogne sowie der Politikwissenschaften am Institut für Politikwissenschaften IEP in Paris war sie zunächst im Bankenbereich tätig, wo sie strukturierte Anlageprodukte für öffentliche Körperschaften entwickelte. Im Anschluss daran war sie als Organisationsberaterin insbesondere für große Gebietskörperschaften tätig. Von 2001 bis 2004 war sie Sprecherin des Gerichtshofs der Europäischen Union.

Angelika POTH-MÖGELE

Leiterin der Politikabteilung im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Frau Dr. Angelika Poth-Mögele verfügt über eine 20-jährige Erfahrung in verschiedenen Organisationen und Funktionen bei der Interessenvertretung lokaler und regionaler Gebietskörperschaften auf europäischer Ebene. Sie kam im Jahr 2004 zum RGRE, wo sie für das Referat EU-Politik zuständig ist, das sich mit der Einflussnahme in die EU-Politik, der Gesetzgebung und den entsprechenden Projekten befasst. Die hierbei abgedeckten politischen Bereiche sind weit gefächert und betreffen den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Territorialpolitik und den EU-Binnenmarkt ebenso wie die Ressorts Umwelt, Energie, Verkehr, Umwelt und Klima, Sozialpolitik und Beschäftigung, Informationsgesellschaft und E-Verwaltung.

Matthias REDLICH

Dipl. Politologe/ Dipl. Verwaltungswissenschaftler, Universität Leipzig

Matthias Redlich verfügt über ein Diplom in Politik- und Verwaltungswissenschaft. In seinen aktuellen wissenschaftlichen Vorträgen und Veröffentlichungen beschäftigte er sich mit den Anforderungen und Erwartungen der Bürger an öffentliche Aufgabenerfüllung. Seit 2010 arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge. Das an der Universität Leipzig angesiedelte Zentrum erforscht Problemstellungen der öffentlichen Aufgabenerledigung. Die existierenden Regulierungs- und Wettbewerbsmechanismen werden dabei regelmäßig in Praxisstudien, wissenschaftlichen Analysen und Gutachten fokussiert.

Stéphane RODRIGUES

Außerordentlicher Professor an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Sorbonne

Mitglied des Forschungsinstituts im Fach für internationales und europäisches Recht an der Sorbonne (IREDIES),

Der im Jahr 1968 geborene Stéphane Rodrigues ist Forschungsbeauftragter an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Sorbonne (Universität Paris I), wo er seit 1999 das Fach EU-Recht am Zentrum für Erwachsenenbildung (CEP) unterrichtet. In den Jahren 1992 bis 1998 war er Forschungsbeauftragter im Rahmen des Zukunftsperspektivenprojekts des französischen Energiekonzerns EDF und in diesem Zusammenhang Generalsekretär der Studiengruppe „Initiative für Dienstleistungen von öffentlichem Nutzen in Europa" (ISUPE).

Herr Rodrigues ist Doktor in Rechtswissenschaften und hat insbesondere Arbeiten über den juristischen Hintergrund der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die Freizügigkeit im Europäischen Binnenmarkt (sowie die damit einhergehende Reglementierung der öffentlichen Märkte) sowie den Anspruch auf staatliche Hilfen verfasst. Er ist Mitglied des Forschungsinstitutes für internationales und europäisches Recht (IREDIES) an der Sorbonne. Darüber hinaus leitet er den Pool „öffentliche Märkte und Dienstleistungen" des „Trans-Europe-Experts"-Netzwerks und ist zudem Mitglied der Anwaltskammer Brüssel. Zu seinen Veröffentlichungen zählen: L'Union européenne, Union de droit, union des droits. Mélanges en l'honneur de Philippe Manin, in Zusammenarbeit mit Jean-Claude Masclet, Hélène Ruiz Fabri und Chahira Boutayeb; L'Europe et le logement social. Guide à l'attention des PME, mit Muriel Boulmier, Vorwort von Jean-François Poncet ; Les services publics locaux face au droit communautaire. Les exigences du marché intérieur ; Les services d'intérêt économique général et l'Union européenne, in Zusammenarbeit mit Jean-Victor Louis, Vorwort von José Manuel Durão Barroso ; L'accès aux services d'intérêt économique général, in Zusammenarbeit mit Jacques Vandamme.

José Manuel RUANO

Ph. D., Professor an der Universität Complutense Madrid (UCM), Spanien

José M. Ruano ist Professor an der Universität Complutense Madrid (UCM) und zudem als externer Dozent an mehreren europäischen und amerikanischen Hochschulen tätig. Seine Hauptforschungsbereiche liegen in der öffentlichen Politikanalyse sowie der Durchführung von Vergleichsstudien im Bereich öffentliche Dienste und staatliche Reformen. Er wurde im Rahmen mehre-

rer internationaler – von der Europäischen Kommission, der Weltbank, der französischen Verwaltungshochschule ENA sowie dem staatlichen spanischen Institut für öffentliche Verwaltung (INAP) finanzierter – Projekte zur Modernisierung von staatlichen Verwaltungen als Experte herangezogen. Derzeit ist er Vizepräsident und Mitglied des wissenschaftlichen Rates der Europäischen Vereinigung Entretiens Universitaires Réguliers pour l'Administration und koordiniert das Masterprogramm im Fach Governance und Public Administration an der UCM.

Kristian SIIKAVIRTA

Lehrbeauftragter an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Helsinki, Finnland

Kristian Siikavirta ist Dozent an der Fakultät für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Helsinki. Er studierte europäisches und finnisches Sozialrecht und promovierte im Jahr 2007 an der Universität Helsinki im Fach Rechtswissenschaften. In seiner Doktorarbeit befasste er sich mit dem Gesetz zur staatlichen Hilfe und öffentlichen Verwaltungen an der Fakultät für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Seit seiner Promotion ist er an den Universitäten von Vaasa (Fakultät für öffentliches Recht) und Helsinki tätig. Seit 2009 ist er auch Partner in einer privatwirtschaftlichen Gruppierung von Rechtsexperten. Darüber hinaus ist er Fachjournalist für das Verlagshaus Edita Publishing Ltd., dem wichtigsten Herausgeber von juristischen Fachmagazinen (Printmedien und E-Publishing) in Finnland, tätig. In seiner Rolle als Experte unterstützte er die finnischen Behörden bereits im Rahmen verschiedener staatlicher Hilfsprojekte. Er veröffentlichte selbst Arbeiten über die rechtlichen Aspekte staatlicher Hilfe und über öffentlich-private Partnerschaften auf den Märkten. Zudem ist er Mitglied des Redaktionsteams der Nordisk Administrativt Tidsskrift, einer der ältesten verwaltungswissenschaftlichen Fachzeitschriften der Welt.

Mihaela M. SIMILIE POPA

Dozentin Universität Paris 8

Mihaela M. Similie Popa ist promovierte Juristin und Forscherin im Bereich Verwaltungswissenschaften. Sie ist Dozentin an der Universität Paris 8 und befasst sich intensiv mit den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Derzeit führt sie für die CESI eine Untersuchung über die sechs gemeinsamen, im Vertrag von Lissabon verankerten Werte durch. Sie ist Autorin mehrerer Publikationen, von denen insbesondere nachfolgende Arbeiten zu erwähnen sind: Mapping of the Public Services in the European Union and the 27 Member States (mit Pierre Bauby); L'impact de la politique de cohésion dans trois régions françaises : Rhône-Alpes, Lorraine et Limousin; What is the Contribution of Services of General Interest to the European Union's Cohesion Policy?.

Slawomir WITTKOWICZ

Vorsitzender von WZZ „SolidarnośćOświata"

Er studierte Bildungswissenschaften an der heutigen Universität in Bydgoszcz (früher Pädagogische Hochschule). Im Bildungsbereich arbeitet er kontinuierlich seit 1985 und seine oppositionelle Aktivität gegen den damaligen kommunistischen Behörden begann im Jahr 1981. Er war einer der Organisatoren und aktiver Teilnehmer des illegalen Komittees zur Verteidigung der politischen Gefangenen. Während seines Studiums, im Jahr 1981, beteiligte er sich aktiv an dem „Unabhängigen Studentenverein" - einer Organisation, die von den militärischen Behörden nach der Einführung des Kriegsrechts in Polen abgeschafft wurde. Während des Kriegszustands pflegte er geheime Kontakte mit oppositionellen Gruppen in Bydgoszcz und persönlich mit Mitgliedern der Organisation Amnesty International aus Polen und aus der Schweiz. Nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1989 begann er die ersten Lehrer-Strukturen der Gewerkschaft NSZZ «Solidarität» aufzubauen. Bis 2004 war er ein sehr aktiver Gewerkschafter, auch auf regionaler Ebene. Im Jahr 1993 war er einer der Organisatoren und Führer des mehrere Wochen dauernden Streiks der polnischen Lehrer und Lehrerinnen, der zum Rücktritt der damaligen Regierung der Republik Polen geführt hat. Am 7. Mai 2004, mit einer Gruppe von Freunden und Kollegen, gründete er die Freie Gewerkschaft «Solidarnoãã- Oăviata» (WZZ „Solidarnoãã- Oăviata") und leitet sie kontinuierlich bis heute. WZZ «Solidarnoãã- Oăviata» ist die drittgrößte repräsentative Lehrerinnen- und Lehrer- Organisation in Polen und ein Mitglied der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) in Brüssel. Herr Wittkowicz nimmt am sozialen Dialog - sowohl auf regionaler (Mitglied des Regionalausschusses für den sozialen Dialog in Bydgoszcz) als auch nationaler Ebene (Mitglied einer der Gruppe der Tripartite - Kommission für Sozio – ökonomische Probleme in Warschau) teil. Er ist außerdem ein Mitglied des Vorstands der „Forum Związków Zawodowych" (FZZ) und Vorsitzender des Berufsrates „Wissenschaft, Bildung und Kultur" der FZZ.. Er nimmt an Verhandlungen mit Vertretern der Regierung der Republik Polen und an den Arbeiten des polnischen Parlaments (Sejm) teil. 1997 war er der Initiator der Gründung von einer Gewerkschaftssparkasse für die Arbeitnehmer im Bildungssektor in seiner Heimatstadt Bydgoszcz und bis 2012 leitete er die soziale Arbeit des Aufsichtsrats der Union „Eurogrosz» in Bydgoszcz.

Die Fachtagung wird vornehmlich mit Mitteln der Europäischen Union finanziert.

Ansprechpartner und Adresse:

CESI-AKADEMIE EUROPA

Avenue de la Joyeuse Entrée, 1-5
B-1040 Brüssel
Belgien

T.: +32 2 282 18 74/61
F.: +32 2 282 18 71

www.cesi.org